

Cybercrime in Mecklenburg-Vorpommern im Aufwind – müssen wir mehr tun?

09.01.2013

Justizministerin Uta-Maria Kuder und der Direktor des Landeskriminalamtes Ingolf Mager äußerten kürzlich in öffentlichen Statements ihre Befürchtungen um einen Anstieg von Straftaten mittels Internet in Mecklenburg-Vorpommern.

Offenbar mit großer Sorge betrachtet LKA-Direktor die Zunahme dieser Delikte von 2010 zu 2011 und eine weitere Steigerung der Fallzahlen für das Jahr 2012. Die Landespolizei hat dieser Entwicklung bereits Rechnung getragen und im Landeskriminalamt in Rostock ein Dezernat Cybercrime eingerichtet, in dem erstmals in der Geschichte der Landespolizei mehrere extern ausgebildete IT-Spezialisten arbeiten, die jetzt auch noch als Polizeibeamte agieren können. Und auch die Justiz reagierte und schuf in Rostock eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen Internetkriminalität.

Wie sehen die Zahlen aus? In Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahre 2011 5304 Fälle von Cybercrime registriert (ein Plus von 9,3% zu 2010), für 2012 werden noch mehr Fälle erwartet. Die seit elf Jahren zur Verfügung stehende Online-Meldestelle „netzverweis“ des Landeskriminalamtes hat 2012 etwa 700 Hinweise zu Kinderpornografie, Waren-Kreditbetrug oder Extremismus entgegen genommen und bearbeitet, zunächst durch die Ermittlungsgruppe Internet und jetzt durch das Dezernat Cybercrime.

Doch stellen diese blanken Zahlen auch ein reales Abbild der Cybercrime in unserem Bundesland dar?

Wohl kaum. Gegenwärtig stellen die Fallzahlen der Cybercrime etwa ein Zwanzigstel aller erfassten Fälle der Polizeilichen Kriminalstatistik dar. Delikte wie Kinderpornografie, Extremismus in allen Facetten, Cybermobbing oder Datendiebstahl gelangen jedoch nur in den wenigsten Fällen zur Anzeige, weil die Opfer gleichzeitig Täter sind, ein Datenaustausch in abgeschotteten Gruppen stattfindet, die Opfer negative Folgen bei öffentlichen Bekanntwerden befürchten oder eine Straftat gar nicht als solche wahrgenommen wird. Hier sind Polizei und Justiz noch weitaus mehr gefordert. Die Masse der Internetstraftaten muss als so genannte Kontrollkriminalität bezeichnet werden. Das bedeutet, sie werden gar nicht erkannt und damit nicht verfolgt, wenn die Strafverfolgungsbehörden nicht selbst nach ihnen suchen.

Hier nun fordern wir als Berufsverband der Kriminalpolizei die Verantwortlichen in der Politik und der Polizeiabteilung des Innenministeriums auf, den richtig erkannten Weg weiter zu beschreiten. Die Cybercrime ist offenbar das Kriminalitätsphänomen der Zukunft. Mit dem Dezernat Cybercrime im Landeskriminalamt ist ein guter Anfang gegeben. Nun muss die Zahl der Spezialisten kontinuierlich erhöht werden, damit das mutmaßlich große und weite Dunkelfeld dieser Delikte besser aufgehellte und das zur Massenkriminalität gesteigerte Deliktsfeld der Cybercrime wirksam durch spezialisierte und kompetente Fachkräfte bekämpft werden kann. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das eine Aufstockung der Kräfte im Landeskriminalamt und die Einrichtung und Besetzung von Stellen für IT-Kriminalisten in den Kriminalpolizeiinspektionen und -kommissariaten.

Auch in den Zeiten knapper Kassen und vermeintlich sinkender Kriminalitätszahlen haben unsere Bürger einen Anspruch auf den Schutz vor Kriminalität im und mittels Internet. Gegenwärtig fühlen wir als Berufsverband hier noch eine riesige Grauzone, in der der Bürger ziemlich alleine dasteht. Sicherheit verursacht nun einmal Kosten und das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Landsleute im Nordosten der Bundesrepublik ist nicht für umsonst zu haben.

Daher unsere Bitte, ja unsere Forderung an alle Verantwortlichen, jetzt nicht nachzulassen und konsequent alle gebotenen und notwendigen Schritte zu unternehmen, um dem Phänomen der Cybercrime Herr zu werden.